

Der Zusammenbruch der iranischen Währung entlarvt die Profiteure hinter der Krise

Angesichts der Sanktionen und schwindenden Devisenreserven protestieren iranische Händler gegen eine scheiternde Wirtschaftsordnung, die auf systemischem Missmanagement und Profitgier der Elite beruht.

5. Januar 2026 | Fereshteh Sadeghi

In den letzten Tagen des Jahres 2025, als der Rial auf ein beispielloses Tief fiel, verwandelte sich die belebte Jomhuri-Allee (Republik-Allee) in Teheran in einen Korridor des Widerstands.

„Bazaar“ (traditionelle Kaufleute mit großem politischen und wirtschaftlichen Einfluss) und Handyverkäufer, die durch den Zusammenbruch der Währung und strenge Zölle in die Enge getrieben wurden, schlossen ihre Geschäfte und strömten auf die Straßen.

Ihre Empörung entfachte ein Feuer, das sich schnell auf den Großen Basar ausbreitete, der seit langem als wirtschaftliches Barometer des Iran gilt. Im Gegensatz zu den Protesten von 2022 gegen soziale Freiheiten oder den Unruhen von 2009, die durch Wahlstreitigkeiten ausgelöst wurden, ist diese Welle von Demonstrationen eindeutig auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die seit langem schwelende Misswirtschaft zurückzuführen.

Was als Aufstand der Händler gegen ein unhaltbares Handelsumfeld begann, offenbarte bald die tiefer liegende Fäulnis jahrzehntelanger ökonomischer Misswirtschaft, institutioneller Korruption und eines durch Sanktionen erstickten Systems, das die Menschen bestraft, um sich selbst zu erhalten.

Sanktionen, Sabotage und eine verschwindende Wirtschaft

Der Iran, ein Land mit über 86 Millionen Einwohnern, verzeichnete im Sommer 2025 ein mageres Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent, während die Inflation bis Dezember auf über 42 Prozent stieg. Die Erwerbsbeteiligung ist nach wie vor erschreckend niedrig und liegt fast 20 Prozentpunkte unter dem globalen Durchschnitt. Diese düsteren Zahlen haben sich unter dem Druck der unerbittlichen US-Sanktionen, die erstmals 2018 von Präsident Donald Trump während seiner ersten Amtszeit verhängt und während seiner beiden Amtszeiten verschärft wurden, stetig verschlechtert.

Der spektakuläre Einbruch des Rial – der die Marke von 1.445.000 gegenüber dem US-Dollar durchbrach – kam nicht von ungefähr. Er markierte einen Anstieg von 47,8 Prozent in nur sechs Monaten.

Je höher der Kurs stieg, desto wütender wurden die Unternehmen, deren Umsatz direkt vom Wechselkurs zwischen Dollar und Rial abhängt.

Der erste Funke der Proteste wurde von den Ladenbesitzern in zwei Mobilfunk-Einkaufszentren in der Innenstadt von Teheran entfacht. Sie traten in den Streik und erklärten, sie könnten keine Ge-

schäfte mehr tätigen, da sie mit einer neuen Registrierungsgebühr für Mobiltelefone zu kämpfen hätten, die die Regierung für Geräte im Wert von 600 Dollar und mehr eingeführt hatte.

Am nächsten Tag schlossen die Ladenbesitzer nicht nur ihre Geschäfte, sondern gingen auf die berühmte Republic Avenue, um gegen die Situation zu protestieren. Auch die Dollarhändler auf der Ferdowsi Avenue schlossen sich den Protesten an, und im Großen Basar ließen Gold- und Silberschmiede aus Angst vor Chaos ihre Rollläden herunter.

Ein Ladenbesitzer in der Lalezar Street berichtet *The Cradle*: „Wir waren gezwungen, unsere Läden zu schließen, da einige Demonstranten uns verbal attackierten und drohten, unsere Läden zu plündern, indem sie Steine gegen unsere Fenster warfen.“

Zusätzlich zu Sanktionen gegen traditionelle Kanäle wie Banken, Unternehmen und Einzelpersonen hat das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) des US-Finanzministeriums digitale Währungsadressen ins Visier genommen, die es beschuldigt, von einem Finanznetzwerk für den Transfer von iranischen Öl- und Nicht-Öl-Geldern genutzt zu werden.

Laut Gholma-Reza Taj Gardoun, Vorsitzender des parlamentarischen Haushaltsausschusses, „hat die iranische Regierung in den letzten acht Monaten nur 13 von 21 Milliarden Dollar an Öleinnahmen erhalten“. Er fügte hinzu, dass „die restlichen 8 Milliarden Dollar die Ursache für die aktuellen Turbulenzen, den Mangel an Dollarscheinen auf dem Markt und den steigenden Wechselkurs sind“.

Ein manipuliertes System von Profiteuren

Taj Gardoun ist nicht der Einzige, der aufdeckt, dass die Einnahmen aus Öl- und Nicht-Ölexporten nicht an den Iran zurückfließen. Im Zentrum der Krise steht eine parasitäre Klasse von halbstaatlichen Unternehmen und politisch vernetzten Händlern, die von der fiskalischen Dysfunktion des Iran profitieren.

Der ehemalige Finanzminister und derzeitige Abgeordnete Hussein Samsami schätzt, dass „117 der 335 Milliarden Dollar an Nicht-Ölexport-Einnahmen seit der Wiedereinführung der Sanktionen durch die USA im Jahr 2018 nicht in das Land zurückgeflossen sind“. Ein Großteil dieses Kapitals, so sagt er, wurde von „Khosulati“-Unternehmen abgezweigt – quasi-staatlichen Firmen, die von staatlichem Eigentum profitieren, aber ohne Transparenz oder Aufsicht operieren.

Ebenso beunruhigend ist die undurchsichtige Rolle von „Treuhändern“ – einem geheimnisvollen Netzwerk, dessen Aufgabe es ist, Sanktionen zu umgehen, um iranisches Öl zu verkaufen.

Der ehemalige Gouverneur der iranischen Zentralbank (CBI), Valiollah Seif, räumte ein, dass „es sich um vertrauenswürdige Personen handelt, Iraner und Nicht-Iraner, die Geld (für den Iran) überweisen“, und fügte hinzu, dass „Geldtransfers ein sehr riskanter Vorgang sind und die Bezahlung dieser sogenannten Treuhänder und der mit ihnen zusammenarbeitenden Geldwechsler hoch ist“. Seif gab bekannt, dass „manchmal ein Treuhänder Gelder abzieht“.

Neben den Treuhändern werden auch die quasi-staatlichen Einrichtungen dafür kritisiert, dass sie sich weigern, die Gelder aus Nicht-Ölexporten an die Zentralbank zurückzugeben und sie zu Kursen zu verkaufen, die über dem regulären, von der CBI genehmigten Kurs auf dem offiziellen Markt liegen.

Diese Unternehmen befinden sich im Besitz verschiedener Fonds, die mit der iranischen Regierung verbunden sind. Das Erdölministerium und das Ministerium für Soziales haben durch den Privatisierungsprozess unter verschiedenen Regierungen die Mehrheit der Anteile an diesen Fonds erworben.

Die dritte Gruppe, die die Exportgelder nicht zurückgezahlt hat, sind Personen oder Unternehmen mit besonderen Geschäftslizenzen. Ein stellvertretender Gouverneur der CBI [berichtet](#), dass „Personen, die 900 Sonderlizenzen besitzen oder gemietet haben, rund 16 Milliarden Dollar an die Zentralbank zurückzahlen müssen, was sie jedoch nicht getan haben“.

Das Ergebnis ist eine Liquiditätsfalle, in der Devisen aus den offiziellen Märkten verschwinden und einen Teufelskreis aus Inflation und Spekulationen in Gang setzen.

Lähmung des Staates und politische Ablenkung

Monatelang schien die Regierung des iranischen Präsidenten Masoud Pezeshkian gelähmt zu sein und sah tatenlos zu, wie die Währung abstürzte und die öffentliche Wut zunahm. Während einige vermuten, dass der Staat den Wertverlust des Rial bewusst zugelassen hat, um seine Haushaltsdefizite zu verringern, führen andere institutionelles Chaos und eine mangelnde kohärente Wirtschaftspolitik als Gründe an.

Sie beziehen sich auf ein Geständnis des ehemaligen iranischen Präsidenten Hassan Rouhani aus dem Jahr 2020: „Die Fremdwährung gehört der Regierung, der Preis wird von der Regierung festgelegt, und wir können ihn senken, wenn wir das beschließen.“

Als Reaktion auf die Unzufriedenheit beauftragte Pezeshkian seinen Innenminister, sich mit Vertretern der Demonstranten zu treffen und sich ihre Beschwerden anzuhören.

Er setzte sich mit Händlern zusammen und ersetzte den Gouverneur der CBI, Mohammad-Reza Farzin, durch den ehemaligen Finanzminister Abdolnasser Hemmati. Letzterer, der vor zehn Monaten wegen seiner Misswirtschaft auf dem Devisenmarkt angeklagt worden war, erklärte jedoch, er habe „keine Verantwortung für den Devisenmarkt und seine Aufgabe bestehe darin, unausgeglichenen Banken zu kontrollieren und die Inflation zu senken“.

Sparmaßnahmen in einem Pulverfass

Auf den Straßen verwandelten sich die Demonstrationen – die im Grunde genommen nicht groß waren – in sporadische Ausschreitungen, vor allem in den westlichen Provinzen, die durch Brandanschläge auf Regierungsgebäude und die Stürmung von Polizeistationen zur [Eroberung ihrer Waffenarsenale](#) gekennzeichnet waren.

Kleinere Städte im Westen des Iran sind nun Schauplatz von Ausschreitungen, wobei die Zahl der Randalierer auf Dutzende, nicht einmal Hunderte, begrenzt ist.

Es wurden Opfer gemeldet, darunter auch unter den Sicherheitskräften, da sich die Proteste von organisierten Demonstrationen zu Ausdrücken roher Frustration gewandelt haben. Etwa ein Dutzend Menschen, darunter auch Polizeikräfte, wurden landesweit getötet, und es kam zu Verhaftungen.

Der iranische Führer Ayatollah Ali Khamenei räumte am 3. Januar ein, dass die „Bazaar“ [berechtigte Beschwerden](#) über die wirtschaftliche Instabilität haben. Dennoch stellte er klar, dass die Isl

mische Republik „dem Feind nicht nachgeben“ und hart gegen gewalttätige Demonstranten vorgehen werde; „Randalierer müssen in ihre Schranken gewiesen werden“.

Die Äußerungen des iranischen Staatschefs waren eine Reaktion auf Trump, nachdem dieser sich hinter die Demonstranten gestellt und der Islamischen Republik mit militärischer Intervention gedroht hatte, „falls Demonstranten getötet werden“. Die Reformisten schlossen sich der Ablehnung ausländischer Drohungen an und warnten, dass jede Einmischung in die Proteste die Gewalt eskalieren und die Forderungen des Volkes verzerren würde.

In einem letzten Versuch, die wirtschaftliche Kontrolle zurückzugewinnen, erklärte ein iranischer Beamter der Haushalts- und Planungsorganisation, dass „die Treuhänder aufgefordert werden, Milliarden von Dollar aus ihren Auslandskonten an das Land zurückzugeben“. Ein Abgeordneter warnte: „Das Parlament wird den Ölminister zu der Frage der Treuhänder befragen.“

Der iranische Wirtschaftsminister erklärte, dass die Verhandlungen mit mehreren Ländern zu positiven Ergebnissen geführt hätten, darunter die Freigabe eines Teils der iranischen Finanzmittel und die Öffnung von Finanzierungskanälen für den Import lebenswichtiger Güter sowie schrittweise Bemühungen zur Vereinheitlichung des Wechselkurses zu einem einheitlichen Kurs.

Gleichzeitig treibt Pezeshkian Pläne voran, Subventionen für wichtige Importe auslaufen zu lassen – ein Schritt, den er als „wirtschaftliche Operation“ bezeichnet, die durch gezielte Gutscheine für Bürger mit geringerem Einkommen ausgeglichen werden soll. Aber Sparmaßnahmen inmitten eines Währungszusammenbruchs, Inflation und einer Glaubwürdigkeitskrise sind eine brisante Mischung.

Iranische Beamte verfolgen aufmerksam die Lage in Venezuela, wo die Entführung von Präsident Nicolas Maduro und die zunehmende Aggression der USA erschreckende Parallelen bieten. Vorerst bleiben die Straßenproteste in Teheran unter Kontrolle. Aber wenn die wirtschaftlichen Probleme anhalten und die Reformen die Ungleichheit verschärfen, dürfte die nächste Welle nicht so leicht zu unterdrücken sein.